

Die finanzielle Lage Deutsch- österreichs.

Der Staatssekretär für die Finanzen Dr. Steinwender äußerte sich bei einem Empfang der volkswirtschaftlichen Redakteure der Wiener Blätter über die finanzielle Lage Deutschösterreichs und über die geplanten finanziellen Maßnahmen folgendermaßen:

Es soll durchaus nicht abgelehnt werden, daß unsere finanzielle Lage eine sehr schwierige ist und sicherlich nicht leichter werden wird, wenn Deutschösterreich mit dem tschecho-slowakischen Staat vereinigt werden sollte. Auch die Vereinigung mit Deutschland ist nicht geeignet, wirtschaftlich beruhigend zu wirken. Nichtsdestoweniger liegt zur Schwarzseherei keine Veranlassung vor. Wenn alle zusammenhalten, so werden wir auch dieser Schwierigkeiten Herr werden. Von der Finanzverwaltung wird getrachtet werden, durch rastlose Arbeit und Sparsamkeit aus den Wirnissen herauszukommen. Um dieses Ziel erreichen zu können, muß in erster Linie an die Begüterten appelliert werden. Was früher von diesen Bevölkerungsschichten gefordert worden ist, wird weitaus übertriften werden. Wir müssen auch die notwendigen indirekten Steuern dadurch annehmbar machen, daß die großen Einkommen und Vermögen stärker getroffen werden.

Die Steuerpläne.

In der nächsten Zeit werde ich die Getränkesteuern vorbringen. Nachdem der südliche Teil des Landes abgetrennt ist, liegt keine Ursache vor, den Wein nach der Qualität zu besteuern, da in den zurückgebliebenen Ländern die Qualität keine so großen Unterschiede aufweist. Es wird daher eine Quantitätssteuer beantragt werden. Die Spiritussteuer wird in der gleichen Höhe vorgeschlagen werden, wie es durch die gewesene österreichische Regierung geschehen ist und auch in Ungarn durchgeföhrt wurde. Da zu erwarten ist, daß im nächsten Herbst die Spiritusproduktion im vollen Umfang aufgenommen werden wird, so dürfte diese Steuer einen erhöhten Ertrag liefern. Die gegenwärtige lächerliche Biersteuer wird selbstverständlich einer gründlichen Neuordnung unterzogen werden. Damit wir diese Getränkesteuern bewilligt erhalten, müssen wir naturgemäß auch mit Steuern kommen, durch die die größeren Einkommen und Vermögen getroffen werden. Zunächst werden Zuzüge zu den direkten Steuern beantragt werden, die wohl anders aussehen werden als die vom österreichischen Abgeordnetenhaus beschlossenen. Mit der Einkommensteuer werden wir auf eine Höhe gelangen, die nicht weit hinter der englischen zurückbleiben wird. Gleichzeitig werden die Erbschaftsteuern reformiert werden, und zwar in einer Weise, die weit über die Sache hinausgehen wird, die von den früheren Regierungen festgestellt wurden. Es wird zunächst die Besteuerung der ganzen Erbschaftsmasse erfolgen und dann die Erbschaftsteile nach dem Verwandtschaftsgrade verschieden besteuert werden. Damit werden wir aber noch nicht das Ideal erreichen; nämlich, daß der Staat überall miterbt. Das weitere, was in Angriff genommen werden muß, ist die Vermögensabgabe, die sich anders stellen wird, als man sie sich bis vor kurzem noch vorgestellt hat. Bevor wir jedoch in dieser wichtigen Frage eine Entscheidung treffen, soll eine auf den engsten Kreis beschränkte Enquete gehört werden, die am Dienstag und Mittwoch tagen wird, und der Vertreter der Banken, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Konsumenten angeschlossen werden. Diese Enquete soll nur über prinzipiell wichtige Fragen beraten, während bei der Feststellung der Details von Fall zu Fall Sachleute zu Rate gezogen werden sollen. Die Einberufung dieser Enquete wurde vom Finanzausschuß der Nationalversammlung angeregt. Diese neuen Steuerentwürfe haben nicht nur den Zweck, neue Einnahmen zu schaffen, sondern auch der Bevölkerung den ehrlichen Willen zu zeigen, allen Verpflichtungen nachzukommen. Wir haben weiter die feste Absicht zu sparen. Die Verwaltung wird sehr eingeschränkt werden und nach dem Muster Bayerns, dem wir ja am meisten ähneln, eingerichtet werden. Eine große geldliche Ersparnis wird allerdings im Anfang damit nicht verbunden sein, weil die große Schär der verschiedenen staatlichen Anstellungen berücksichtigt werden muß. Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage steht auch das Schicksal der Stadt Wien. Es ist wohl

anzunehmen, daß Wien und seine nächste Umgebung die Stellung als Industriestadt nicht einbüßen wird, dagegen wird aber die große Zahl der nur konsumierenden und nichtproduzierenden Bevölkerung stark abnehmen. Zu befürchten ist natürlich, daß der Wiener Handel in Waren und Wertpapieren seine Stellung nicht wird behaupten können. Die Organisation der Wiener Banken ist auf einen Staat mit 23 Millionen Einwohnern aufgebaut, so daß ihr Apparat für Deutschösterreich allein naturgemäß viel zu groß ist. Wenn aber die Bevölkerung nicht ausläßt, und die notwendigen großen Opfer gebracht werden, so werden die wirtschaftlichen Folgen des Krieges sicherlich nicht katastrophal werden.

Die Kriegsanleihen.

Dr. Steinwender kam im Verlauf seiner weiteren Ausführungen auf die Flucht vor den Kriegsanleihen zu sprechen und bemerkt, daß der tschecho-slowakische Staat sich gegen die Uebernahme eines Teiles der Kriegsschuld nicht ablehnend verhalte. Und wenn die beiden wohlhabenden neuen Staaten, Deutschösterreich und Tschecho-Slowakien, konform vorgehen, so werden sicherlich auch die anderen neuen Staaten dem Beispiel folgen. Durch Verhandlungen soll die Entscheidung über den Anteil der einzelnen Staaten an der Kriegsanleihe auf der Friedenskonferenz vorbereitet werden. Auf jeden Fall ist aber zu bedenken, daß die niedrige Bewertung der Kriegsanleihe vollständig ungerechtfertigt ist. Tritt eine Teilung der Kriegsschulden, wie bestimmt zu erwarten ist, ein, so werden die einzelnen Staaten ihren Profit darin zu finden suchen, die Kriegsanleihe zu dem billigen Kurse aufzukaufen, statt sie zu verzinsen und zu tilgen. Aber wenn auch diese Eventualität vorerst nicht aktuell ist, so gibt es Umstände aenua, die gegen die niedrige Bewertung der Kriegsanleihen sprechen.

Demnächst wird bekanntlich eine 4prozentige deutschösterreichische Anleihe ausgegeben, bei deren Zeichnung ein Viertel in Kriegsanleihe zu den seinerzeitigen Emissionskursen an Zahlungsstatt genommen werden wird. Die Finanzverwaltung Deutschösterreichs setzt alle Hebel in Bewegung, um die Kriegsteuern für das Jahr 1915, 1916 und 1917, die bisher zu einem großen Teil noch nicht gezahlt sind raschestens einzutreiben. Da diese Steuern in Kriegsanleihe entrichtet werden können, so werden wohl sehr erhebliche Summen von Kriegsanleihen auf diese Weise absorbiert werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Güter aus der Sachdemobilisierung ebenfalls gegen die Stücke der achten Kriegsanleihe angekauft werden können. Alle diese Momente sprechen dafür, daß ein großer Teil der Kriegsanleihe schon in kurzer Zeit aus dem Umlauf verschwinden wird.

Im Zusammenhang mit der Frage der Kriegsanleihe kam Dr. Steinwender auch auf die in der letzten Zeit sich unliebsam bemerkbar machende Erscheinung der Banknotenhamsterei zu sprechen und betonte eindringlich die Unsinnigkeit dieser Sammelwut. Die Banknote hat gar nichts voraus vor jedem anderen Besitztum. Sie wird von einer Krise ebensowenig verschont, wie die Kriegsanleihe oder ein anderer Werttitel. Die deutschösterreichische Finanzverwaltung hat die feste Absicht, ihre Verpflichtungen gegen die Notenbank ebenso zu erfüllen wie die gegen die Bevölkerung. Es ist daher der blankeste Unsinn, Kriegsanleihe gegen Banknoten zu tauschen und diese in unsicheren Verstecken aufzulauern.

Die deutschösterreichische Anleihe.

Der Staatssekretär teilte weiter mit, daß die Nationalversammlung im Verlaufe der nächsten Woche eine allgemeine Kreditermächtigung für ein Jahr in der Höhe von zwei Milliarden Kronen erteilen wird. Von dieser Ermächtigung Gebrauch machend, wird der Staatssekretär noch in diesem Monat eine Anleihe begeben, die nach der Beendigung der Zeichnung auf die neue Wiener Stadtanleihe, also Anfang Dezember, zur Zeichnung aufgelegt werden wird. Die neue Anleihe wird in vierprozentigen Schecks in den auszugeben werden, die nach zwei Jahren von den Besitzern halbjährig gekündigt werden können. Die Finanzverwaltung wird das Kündigungsrecht erst nach fünf Jahren haben. Bei voller Verzinsung wird der Zeichnungskurs 97 Prozent betragen. Wird aber ein Viertel des bezeichneten Betrages in Kriegsanleihe entrichtet, so erhöht sich der Zeichnungskurs auf 99 Prozent. Der aufzuliegende Betrag wird etwa eine Milliarde ausmachen. Die Anleihe wird von einer Staatsschuldenkontrollkommission kontrolliert werden, die aus drei von der Nationalversammlung gewählten Mit-

gliedern bestehen wird, die dem Staatsrat nicht angehören dürfen.

Zum Schluß seiner Ausführungen teilte der Staatssekretär mit, daß in der nächsten Zeit verschiedene Bestimmungen zur Eintreibung der Steuern bekanntgegeben werden und daß die Finanzverwaltung bereits in personeller Beziehung alle Vorarbeiten getroffen hat, um die Steuereingänge zu beschleunigen.